

Inhalt

Schmutziger

Wahlfeldzug

Meinung 3

Geschichte in Bronze

Ausflüge & Reisen 4

Das alte Buenos Aires

Auto und Motor 5

Folgen der Rezession

Wirtschaftsübersicht 11

Rubriken

Argentinien 1-2

Meinung 3-4

Personalnachrichten ... 10

Wirtschaft 6-11

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 23. Mai 2009

120. Jahrgang Nr. 31.720

Chávez unterstützt die Kirchners Venezuelas Präsident zu Gast in Argentinien

Buenos Aires (AT/mc) – Rückendeckung für die Kirchners in Wahlkampfzeiten: Venezuelas Präsident Hugo Chávez war zu Gast in Argentinien, um die in den letzten Monaten abgekühlten Beziehungen wieder zu intensivieren sowie Néstors Kandidatur bei den Parlamentswahlen am 28. Juni zu unterstützen. Wie schon vor zwei Jahren bot Chávez Hilfe in Sachen Energie an. Zudem zeigte er sich bereit, argentinische Staatsanleihen zu kaufen, sollte dies gewünscht sein. Cristina lehnte dies aber ab. Im kleinen Kreis regte der Venezolaner an, sein politisches System der Verstaatlichung von Medien, Erdölunternehmen und Banken auch in Argentinien anzuwenden. Zur Kandidatur des PJ-Chefs sagte er: „Ich wünsche, dass er gewinnt. Néstor ist mein Freund.“

Bei der Pressekonferenz in der Casa Rosada waren sich Cristina und ihr Gast einig in ihrer Medienschelte. „Man kann nicht erwarten, dass der Staat Entscheidungen trifft für bestimmte Medien, die terroristische Praktiken anwenden“, so der venezolanische Staatschef, der bereits 2007 den Sender RCTV verstaatlichte und gegenwärtig Gleiches im Konflikt mit dem Sender „Globovisión“ anstrebt. Als Chávez den Vergleich zwischen Medien und Terror-Gruppierungen machte, meinte Cristina: „Uns quälen die gleichen schlechten Dinge.“ Die Präsidentin beklagte, dass bestimmte Nachrichten nicht auf den ersten Seiten erscheinen würden. Chávez, der im Februar eine Volksabstimmung über die Wiederwählbarkeit von Amtsträgern gewonnen hatte, warb für sein Modell der plebiszitären Demokratie: „In Venezuela gibt es jedes Jahr Wahlen“. Bei den Verstaatlichungen wähnt er die Mehrheit des Volkes hinter sich. Derlei Äuße-



Hugo Chávez und Cristina Kirchner.

rungen fanden das Interesse von Néstor Kirchner, der als Chef der Regierungspartei die gegenwärtigen Wahlen als eine Art Volksabstimmung über den politischen Kurs des Landes stilisiert.

Nicht auf einer Linie waren die Kirchners und ihr Gast, was US-Präsident Barack Obama betrifft. Der Venezolaner äußerte Zweifel, ob der US-Präsident den bekundeten Wunsch zu Veränderung ernst meine. Cristina war um moderate Töne bemüht und sagte, es sei offenkundig, dass Obama nichts mit der Regierung Bush gemein habe. Auch habe es beim Gipfel der Amerikas in Trinidad und Tobago erste Annäherungen gegeben. Die Präsidentin hegt die Hoffnung, dass sich die Beziehungen zu den USA wieder verbessern lassen. Gleichwohl haben Beobachter den Eindruck, dass bei der argentinischen Regierung die erste Euphorie nach Obamas Amtsantritt verfliegen sei und nun verstärkt das Bündnis mit Chávez' „bolivarianischen Sozialismus“ gesucht werde.

Nach dem offiziellen Teil in Buenos Aires flogen die Delegationen beider Länder nach El Calafate. Der Aufwand war immens: So wurden insgesamt fünf Flugzeuge eingesetzt, um die Teilnehmer zu dem Urlaubsort in Patagonien zu transportieren.

Linksradikale überfallen Israel-Feier

Randale bei Festakt zum Gründungstag des jüdischen Staates

Buenos Aires (AT/mc) – Ein Angriff bewaffneter Linksextremisten überschattete am Sonntag den Festakt der Stadtverwaltung zum 61. Gründungstag des Staates Israel vor dem Stadtpalast von Buenos Aires (Avenida de Mayo). Während der Feierlichkeiten stürmten 15 bis 20 zumeist junge Personen die Veranstaltung, der rund 500 Gäste beiwohnten – darunter zahlreiche Kinder und Alte. Einige der Störenfriede hatten Stöcke und Kampfsportwaffen bei sich und schlugen auf Personen in ihrer Nähe ein. Zudem verstreuten sie Flugzettel, die die Politik Israels gegenüber den Palästinensern kritisierten.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Die Auseinandersetzung war kurz, aber heftig. Nach einem Schlagabtausch mit Personen aus dem Publikum und der Polizei versuchten die Angreifer zu entkommen. Fünf von ihnen – darunter eine Frau – konnten die Polizisten festnehmen. Bilanz der Krawalle: drei Leichtverletzte. Die jüdische Gemeinde (DAIA) kritisierte das ihrer Meinung nach späte Eingreifen der Polizei. „Es gab gerade fünf Polizisten, die erst eingriffen, als die Angreifer schon im Begriff waren, sich zurückzuziehen“, so DAIA-Präsident Aldo Donzis. Nach halbstündiger Unterbrechung wurde das Festprogramm fortgesetzt.

Wie die Ermittlungen ergaben, handelt es sich bei den Festgenommenen um Mitglieder der linken Splittergruppe „Widerstand Lautaro“, die Teil der Revolutionären Aktionsfront (FAR) ist. Einer von ihnen ist Leonardo del Grosso, der vor sechs Jahr in einem Prozess gegen Quebracho-Aktivistin der Anstiftung zur Gewalt angeklagt war, aber freigesprochen wurde. Während der israelische Diplomat Alexander Zvi harte Strafen forderte, stellt die Verteidigung der Festgenommenen den Vor-

fall ganz anders dar: Demnach hätten diese sich gegen die Wachleute der israelischen Botschaft und Mitglieder der Zionistischen Organisation (OSA) wehren müssen. Dem widersprechen aber Zeugenaussagen sowie die Darstellung der Polizei. Regierung und Opposition verurteilten den Angriff. Ein Aufkeimen des Antisemitismus wird aber von offizieller Seite bestritten. Nichtsdestotrotz mussten in der Nacht auf Dienstag zwei Synagogen in Belgrano nach Bombendrohungen evakuiert werden.

Im Zuge der Ermittlungen machte die Polizei am Mittwoch eine Hausdurchsuchung in einem Lokal der FAR-nahen „Bewegung Teresa Rodríguez“ (MTR) in Florencia Varela. Dabei stellten die Ordnungshüter zum einen Handfeuerwaffen, Molotowcocktails und weitere Waffen sicher. Zudem fanden sie Listen von über 800 Sozialhilfepänen, die von der Gruppe verwaltet wurden. Die Polizei nahm im Rahmen ihrer Aktion zehn weitere Personen fest, die verdächtigt werden, an den Ausschreitungen am Sonntag teilgenommen zu haben.

WOCHENÜBERSICHT

Mausoleum für Alfonsín

Raúl Alfonsín hat seine letzte Ruhestätte gefunden. Anderthalb Monate nach dem Tod des argentinischen Ex-Präsidenten sind dessen sterbliche Überreste vom Pantheon der Radikalen Bürgerunion in ein eigenes Mausoleum auf dem Friedhof Recoleta in Buenos Aires überführt worden. Die Beisetzung fand im engsten Familien- und Freundeskreis statt. Bislang gab es keine Ankündigung bezüglich einer offiziellen Einweihung der Grabstätte, die aus grauem und beige Marmor gefertigt ist. An der Innenwand ist eine Steinplatte mit Alfonsíns politischem Vermächtnis angebracht: „... mit den Zielen, nationale Einheit zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit zu festigen, den inneren Frieden zu erhalten, die Verteidigung zu gewährleisten, das allgemeine Wohlergehen zu fördern und die Segnungen der Freiheit sicherzustellen für uns und unsere Nachkommen sowie für alle Menschen dieser Welt, die auf argentinischem Boden leben wollen.“

Armensiedlung geräumt

Eine Armensiedlung im Buenos Aires-Stadtteil Caballito ist Ende der vergangenen Woche geräumt worden. Die Elendsquartiere, in denen rund 150 Personen lebten, befanden sich in unmittelbarer Nähe zu Eisenbahngleisen und der Sportanlage des „Club Ferro“. Die Stadtregierung gewährte den meisten der 52 Familien – viele von ihnen Müllsammel (Cartoneros) - finanzielle Unterstützung bis zu 22.000 Peso. Die Siedlung habe sich zu einem „äußert gefährlichen Ort entwickelt, der geräumt werden musste“, hieß es seitens der Behörden. Kinder hätten in unmittelbarer Nähe zu den Gleisen gespielt. Es habe sich Müll angehäuft. Die Wohnbedingungen seien im Ganzen mangelhaft gewesen. Zudem berichten Zeugen, dass das Viertel ein Fluchort für Diebe gewesen sei. Die Anwohner hatten sich bei der Stadt beschwert und mit 12.000 Unterschriften die Umwandlung des Gebietes in einen öffentlichen Park gefordert.

Leichte Vorteile für Kirchner

Umfragen haben zurzeit Hochkonjunktur: Wenige Wochen vor der Parlamentswahl am 28. Juni machen sechs führende Meinungsforscher in der wichtigen Provinz Buenos Aires knappe Vorteile für Néstor Kirchner aus. Im Durchschnitt liegt der Spitzenkandidat der „Justizialistischen Front für den Sieg“ im Vergleich der Listenersten in der Beliebtheit vier Punkte vor seinem schärfsten Konkurrenten Francisco de Narváez (Unión-Pro). Platz drei fällt an Margarita Stolbizer (Bürgerlich-Soziales Bündnis). Die Werte für Kirchner schwanken zwischen 26,6 und 34,1 Prozent. Allerdings gehen die Umfragen auch davon aus, dass das Regierungslager nur 14 oder 15 der 35 in der Provinz Buenos Aires zu vergebenden Sitze erreicht. Bislang hatte es 20 inne. Einen ähnlichen Rückgang prognostizieren die Meinungsforscher auch für andere Provinzen und erwarten somit, dass das Kirchner-Lager seine eigene Mehrheit im nationalen Abgeordnetenhaus verliert.

„Sammellisten“ in Mode

Ein Phänomen, das bei den diesjährigen Wahlen (28. Juni) verstärkt zu beobachten ist, sind die so genannten „Sammellisten“ (Listas Colectoras). Diese kommen zustande, wenn politische Gruppierungen, die

an sich nur auf lokaler Ebene antreten, auf ihrem Wahlzettel auch Kandidaten (anderer Parteien) führen, die auf nationaler Ebene kandidieren. Auf diese Weise gibt es verschiedene Möglichkeiten, die landesweit operierenden Wahlallianzen zu wählen. Auch können Bündnisinterne Rangeleien um Listenplätze umschiffert werden. Néstor Kirchner war der erste, der diese Methode bei den Wahlen vor zwei Jahren einführte. Für den diesjährigen Urnengang bietet Kirchner in der Provinz Buenos Aires rund 30 Sammellisten auf. Aber auch seine politischen Gegenspieler bedienen sich des Mittels: Das Bürgerlich-Soziale Bündnis hat 20 Sammellisten, Unión-Pro sogar 80. Kritisiert wird, dass durch diese Praxis die Stimmenausschüttung kompliziert werde. „Die Sammellisten lähmen das Stimmensystem und verzögern die Wahlprüfung“, so Richter Manuel Humberto Blanco.

Radikale legen Einspruch ein

Berufung gegen das Urteil zu den so genannten Scheinkandidaturen hat die Radikale Bürger-Union (UCR) angekündigt. Das Wahlgericht der Provinz Buenos Aires unter Vorsitz von Richter Manuel Blanco hatte am Mittwoch eine entsprechende Beschwerde gegen die Liste der „Justizialistischen Front für den Sieg“ mit Néstor Kirchner an der Spitze zurückgewiesen. „Die Justiz bürgt hier für eine explizite Lüge“, polemisierte die UCR-Verbündete Elisa Carrió und sprach sich für weiteres juristisches Vorgehen aus.

Niedrigwasser im Paraná

Hitze und zu wenig Niederschlag haben dazu geführt, dass der Wasserstand des Río Paraná teilweise extrem niedrig ist. Besonders betroffen ist die Gegend um Rosario, wo am Donnerstag gerade einmal ein Wasserstand von 1,03 Metern gemessen wurde. Normalerweise sind es zu dieser Jahreszeit zwei Meter mehr. Dies hat natürlich negative Auswirkungen auf die Schifffahrt, aber auch auf die Trinkwasserversorgung. So mussten am Donnerstag einige Außenbezirke der Stadt mit abgefüllten Wasserrationen versorgt werden. Experten gehen davon aus, dass das Niedrigwasser bis Dezember anhalten wird.

Gewalt gegen Grippekranken

Buenos Aires (dpa) - Ein Chilene mit Grippe-Symptomen ist in der argentinischen Stadt Mendoza von wütenden Bürgern angegriffen worden. Erst starke Polizeikräfte hätten den Mann und andere Passagiere eines Reisebusses aus Chile unter dem Einsatz von Gummigeschossen gegen die aufgebrauchte Menge schützen können. Sieben Menschen seien verletzt worden, berichteten nationale Medien am Freitag. Ein Radiosender hatte über die bevorstehende Ankunft des Verdachtsfalles berichtet. Darauf versammelten sich die Menschen bei dem Krankenhaus. Als der Bus mit dem Mann und anderen Passagieren eintraf, bewarfen sie ihn mit Steinen schrien: «Schafft sie woanders hin» und «verschwindet». Ob der Mann überhaupt an der Schweinegrippe leidet, war nicht bekannt. Er war am Vortag lediglich mit Fieber an der Grenze angekommen. Bisher wurde in Argentinien erst ein Fall von Schweinegrippe nachgewiesen

Schmutziger Wahlfeldzug

Im Wahlkampf springen stets Funken, bildlich gemeint. Die Kandidaten pflegen ihre Gegner öffentlich zu diskreditieren, um ihre eigenen Postulate hervorzuheben. Das ist überall in der Welt normal, auch in Argentinien seit Wahldemokratie betrieben wird. Seit Rundfunk, Fernsehen und neuerdings auch Internet als Medien mehr Wirkung haben als die geschriebene Presse und die Wahlreden vor relativ wenigen Zuhörern wie früher, neigen die Politiker dazu, sich in den publikumswirksamen Medien von der besten Seite zu zeigen und ihre Gegner anzugreifen. Expräsident Néstor Kirchner hat sich in dieser Taktik als Kenner erwiesen, zeigt er sich doch nahezu täglich zur Spitzenzeit des Fernsehens am späten Nachmittag mit Reden vor Versammlungen im Groß-Buenos Aires, sein beliebtestes Wahlkampfziel.

Neuerdings verzichtet Kirchner auf seine üblichen Aggressivitäten, die ihn nahezu sechs Jahre als Präsident und Präsidentengatte stets gekennzeichnet hatten. Kirchner brauchte einen dialektischen Feind, gegen den er seine Kritik anmeldete. Die Öffentlichkeit hatte sich daran gewöhnt und nahm seine Aggressionen nicht unbedingt ernst. Dass aber dieser aggressive Stil im Wahlvolk immer weniger ankommt, dürfte der Grund gewesen sein, dass Kirchner letzthin Wahlreden ohne konkrete Feinde hält, wiewohl er seine vereinfachenden Argumente stets wiederholt, mit denen er seine Regierung und die seiner Gattin im Vergleich zu seinen Vorgängern heraus stellt. Sicherlich wird Kirchner auch künftig wieder in seine feindselige Rhetorik verfallen, einfach weil er nicht anders kann, als Politiker, Institutionen und sonstige Feinde anzugreifen. Sie können sich dagegen freilich nicht wehren, weil Kirchner Debatten

meidet und sich nur auf gelegentliche Pressegespräche mit genehmen Journalisten beschränkt.

Soweit die Taktik der Wahlfeldzüge, wie sie Regierung und Oppositionen laufend praktizieren. Unter der Hand betreibt die Regierung in dessen auch eine Schmutzkampagne mit Methoden, die alles andere als demokratiekonform sind. So wurde beispielsweise die Tageszeitung "Clarín", mit Abstand die auflagenstärkste im Land, unlängst von anonymen Tätern angegriffen, indem elf Büros, die Anzeigen für "Clarín" entgegen nehmen und von unabhängigen Kleinunternehmern betrieben werden, über Nacht an den Fronten der Geschäfte mit dem Wort beschmutzt wurden, dass "Clarín" lügt, indem neben dem Namen der Zeitung mit schwarzer Tinte das Wort "miente" (lügt) geschrieben wurde. Das Ziel dieser Schmutzpropaganda ist offensichtlich die Zeitung, in der unter anderem auch Meldungen und Artikel erscheinen, die den Kirchners offensichtlich nicht behagen. Hinter dieser Schmutzpropaganda lauert auch das Gesetzesprojekt über Rundfunk und Fernsehen, das offensichtlich gegen die beherrschende Position des Kabelfernsehens des "Clarín"-Verlages abzielt. Das Projekt soll nach den Wahlen und vor dem 10. Dezember im Kongress behandelt werden, ehe die Regierungspartei mit Alliierten ihre jetzige Mehrheiten in beiden Kammern verlieren.

Im Wahlkampf in der bevölkerungsstärksten Provinz Buenos Aires zeichnet sich der justizialistische Dissident Francisco de Narváez als Listenerster als der echte Gegner der Kirchners ab. Im Zweikampf um den Wahlsieg in der Provinz zwischen Kirchner und De Narváez setzt auch die Schmutzpropaganda ein. De Narváez ist ein wohlhabender Unternehmer, Erbe eines

Vermögens seiner Großeltern, die vor sieben Jahrzehnten aus Europa einwanderten. Der Politiker setzt eigenes Geld für die Wahlpropaganda ein und hat sich bereits mit zahllosen Werbespots im Fernsehen bekannt gemacht. Die Umfragen bestätigen längst, dass De Narváez zumal im Inneren der Provinz vorne liegt und im Groß-Buenos Aires, der peronistischen Hochburg Kirchners, einen verbissenen Wahlkampf liefert.

Ein Bundesrichter wurde inzwischen bemüht, damit De Narváez als möglicher Verdächtiger im Efedrin-Skandal beschmutzt wird und zwar nur, weil ein Paar Telefonanrufe eines Handys vor drei Jahren festgestellt worden waren, die ein Angestellter von De Narváez auf einem Landgut gemacht haben soll. Damals gab es freilich keinen Efedrin-Skandal. Die Telefonate bezogen sich auf den jetzigen Hauptschuldigen des Skandals. Mit solchen absurden Behauptungen sowie Veröffentlichungen in regierungsfreundlichen Blättern über die Vermögensverhältnisse des Kandidaten wird emsig Schmutzpropaganda betrieben, die mögliche Wähler von De Narváez von ihm abwenden sollen.

In den kommenden fünf Wochen bis zum Wahltag darf man sicherlich noch mehr Schmutzpropaganda erwarten, derweil Regierungskandidat Néstor Kirchner laufend Wahlreden hält und möglicherweise auf seine üblichen Aggressivitäten weitgehend verzichtet, aber seine vielfach ungläubwürdigen Argumente über die Regierungspolitik und seine Vorgänger pausenlos wiederholt. Die Oppositionskandidaten stellen sich unterdessen selber vor, argumentieren zugunsten ihrer Projekte und kritisieren die Regierung, wie es sich im Wahlkampf gehört. Ohne Schmutzpropaganda.

Selbstbedienungsladen

Von Stefan Kuhn

Das ist der Anfang vom Ende für Gordon Brown. Viel Schlimmeres kann bis Mitte nächsten Jahres nicht mehr geschehen, und bis dahin muss in Großbritannien gewählt werden.

Dabei ist die Sache auf den ersten Blick gar nicht so tragisch. Dass Parlamentsabgeordnete große Spesenritter sind, ist schließlich nichts Neues. Doch so dreist wie in Großbritannien treiben sie es nicht überall. Dort ließen sich die Volksvertreter Zweitwohnungen luxuriös renovieren, Swimmingpools und Tennisplätze reparieren, schafften sich Stereoanlagen und andere Luxusgüter an und baten dafür den Steuerzahler zur Kasse. Dieser kam in anderen Fällen auch für Hypotheken auf, die bereits bezahlt waren oder für Kleinzeug wie Hundefutter und Glühbirnen. Ermöglicht wird diese Praxis, weil jeder Abgeordnete zusätzlich zu seinem Gehalt von 63.000 Pfund (364.000 Pesos) bis zu 24.000 Pfund (140.000 Pesos) jährlich für eine Zweitwohnung an Spesen abrechnen darf. Dazu kommen noch andere Vergünstigungen wie Reisekosten- oder Bürozuschüsse.

Der Skandal wurde publik, weil jemand vertrauliche Spesenabrechnungen an eine Boulevard-Zeitung verkauft hatte. Diese wiederum veröffentlicht täglich Pikantes über den Selbstbedienungsladen Großbritannien. Kein Wunder, dass auf der Insel das Volk tobt und die Queen indigniert ist. Vor allem auch, weil die weltweite Rezession Großbritannien besonders zu schaf-fen macht.

Es gab auch schon erste Konsequenzen. Am Mittwoch gab der Parlamentsvorsitzende Michael Martin seinen Rücktritt bekannt. Der erste eines „Speaker“ seit 300 Jahren. Die Labour-Partei schloss zwei Abgeordnete der Fraktion aus, und auch die Konservativen sind zum Säubern gezwungen.

Der Skandal ist parteiübergreifend, aber der Volkszorn trifft in erster Linie Labour. Der konservative Oppositionschef David Cameron hatte schneller reagiert, sich entschuldigt und eine parteiinterne Untersuchung angekündigt. Premierminister Brown trägt auch persönlich Verantwortung dafür, dass die Missstände noch nicht beseitigt sind. Er soll ein Gesetz verschlepp-

Randglossen

Die Sammlerwut ist bekanntlich eine Eigenschaft vieler Menschen, die allerlei Objekte, Zitate und Redensarten sammeln. Die gleiche Sammlerwut befällt derzeit die Regierungspolitiker, indem sie zumal in den Gemeinden der umstrittenen Provinz Buenos Aires Kandidatenlisten für Gemeinderäte von Lokalparteien zulassen, die auch die Listen für nationale und Provinzparlamentarier der Regierungspartei enthalten. Auf Gemeindeebene konkurrieren die Listen der Lokalparteien mit denen der Regierungspartei, gegebenenfalls des amtierenden Bürgermeisters, der somit das Risiko läuft, die Mehrheit ihm höriger Gemeinderäte einzubüßen, wogegen die nationalen und provinziellen Kandidaten mehr Stimmen dank der Lokallisten sammeln. Ähnlich war die regierende Partei bereits während der Präsidentschaftswahlen von 2007 vorgegangen, als auch Sammelkandidaturen zusätzliche Stimmen für die siegreiche Präsidentin Cristina Kirchner beitrugen.

Die kommenden Parlamentswahlen betreffen bekanntlich drei Ebenen. Die Öffentlichkeit,

haben, das die Abgeordnetenspesen neu regeln soll.

Der erste Schock für den Premier wird wohl bei den Europawahlen im Juni kommen, die in Großbritannien traditionell Protestwahlen sind. Im Gegensatz zu den nationalen Parlamentswahlen gilt hier nämlich ein Verhältniswahlrecht, und das gibt auch kleinen Parteien eine Chance. Im Europaparlament sind auch britische Grüne, Europagegner und Rechtsradikale vertreten. In Umfragen jedenfalls legen die Kleinen derzeit gewaltig zu. Sie sind nicht im Londoner Parlament vertreten, deshalb geht der Skandal an ihnen vorbei. Bei den Europawahlen könnten deshalb auch die Konservativen einen Dämpfer bekommen.

Wichtiger sind allerdings die Wahlen zum House of Commons, dem britischen Unterhaus. Sie müssen bis Mitte nächsten Jahres abgehalten werden, der Premierminister kann sie aber jederzeit ansetzen. Das geschieht in der Regel, wenn die Umfragewerte gerade günstig sind. Brown widersetzt sich Forderungen nach Neuwahlen aus verständlichen Gründen vehement. Sie würden derzeit einer Hinrichtung für Labour gleichkommen. Bei dem für diese Wahlen geltenden Mehrheitswahlrecht würden die Konservativen einen Erdrutschsieg erringen. Nach zwölf Jahren Labour-Regierung wird vor allem diese Partei für die Zustände verantwortlich gemacht. Eine Alternative bieten hierbei nur die Konservativen, denn Stimmen für Kleinparteien sind beim Mehrheitswahlrecht verschenkte Stimmen.

Der glücklose Premierminister Gordon Brown hat nur eine kleine Chance, die Wahlen zu gewinnen. Er muss darauf hoffen, dass Anfang nächsten Jahres die Konjunktur wieder ansteigt und er selbst als Krisenmanager dasteht. Doch diese Rolle steht ihm überhaupt nicht. Für seine Partei wäre es die beste Lösung, wenn er zurückträte und einem anderen Labourmitglied die Chance gäbe, sich im letzten Regierungsjahr der Partei zu profilieren.

AUSFLÜGE UND REISEN

Argentiniens Geschichte in Bronze

Es ist ein einmaliges, umfassendes Anschauungs-Erlebnis. Das zweitgrößte Monument Argentiniens (nach dem auf dem Cerro de la Gloria in Mendoza), steht am Ende der Costanera Sur. Von Arturo Dresco 1936 fertiggestellt, sollte die Skulptursammlung zum 400. Jahrestag der Erstgründung von Buenos Aires Dank und Anerkennung für Spanien darstellen, und so nennt das Werk sich auch: A España.

Die dargestellten Bronzefiguren zeichnen nahezu lückenlos die Geschichte Amerikas und insbesondere Argentiniens nach. Angefangen mit Kolumbus, vor Königin Isabel la Católica knieend und eine Schatulle mit den Juwelen zur Finanzierung seiner Entdeckungsreisen in Empfang nehmend. Ganz oben thront König Fernando V. von Kastilien neben der weiblichen Verkörperung der Libertad.

In vier Gruppen unterteilt sind an diesem herrlichen Denkmal alle bedeutenden Geschichtsgrößen zu finden, von den Entdeckern über die Konquistadoren und die Kolonisten bis zu den Vizekönigen im Vorfeld der Staatwerdung Argentiniens 1810.



Alvar Nuñez Cabeza de Vaca mit Pferd.

Sebastián Gaboto ist natürlich zu sehen, der erste Europäer, der sich an der Mündung des Carcarañá in den Río Paraná niederließ und dort während 823 Tagen Freundschaft und Feindschaft der Eingeborenen teilte. Sodann Pedro de Mendoza, Gründer des ersten Buenos Aires in der Gegend des heutigen Belén de Escobar nahe dem Río Luján. Es folgen Domingo Martínez de Irala, der Interims-Adelantado nach Mendozas Tod, und nebenan der geniale Alvar Nuñez Cabeza de Vaca neben einem Ross, denn er durchquerte mit zahlreichen Pferden ganz Südbrasilien, entdeckte die Iguazú-Wasserfälle und erreichte ohne nennenswerte Verluste Asunción

del Paraguay. Es folgt Hauptmann Juan de Garay, Gründer sowohl des ersten Santa Fe als auch der heutigen Stadt Buenos Aires, sowie sein Waffenkamerad Jerónimo Luis de Cabrera, Begründer von Córdoba.

Mag nun das rein handwerkliche Können eines Künstlers noch so genial sein, der Erfolg seiner Arbeit wird stets nicht nur von den Vorgaben seines Auftraggebers abhängen, sondern mehr noch von seinen Beratern. Sonst kann man sich schwer vorstellen, wie der seinerzeit kaum 18-jährige Raffael seine grandiose „Schule von Athen“ schaffen mochte. Und ebenso dürfte auch der im

Vorort Temperley geborene und wirkende Arturo Dresco ausgezeichnete Assessoren gehabt haben, die ihm bei der Skizzierung des Monumentalwerkes in allen Details zur Seite gestanden haben müssen.

Denn es fehlt in der Sammlung wirklich kein Namhafter. Da stehen seitlich die großen Seefahrer Juan Díaz de Solís, Entdecker des Río de la Plata, und Fernando de Magallanes, Bezwingen des Fretum, der bis heute seinen Namen tragenden Meerenge und Namensgeber des Pazifik, sowie schließlich Sebastián Elcano, der Magellanes' Erstumsegelung mit der von Holzwürmern durchlöchernten Victoria zu Ende führte.

Auch der weise und gütige Hernandarias ist zugegen, wie auch die fünf wichtigsten der insgesamt neun spanischen Vizekönige (Cisneros, Cerviño, del Pino, Cevallos und Vértiz). Der mit seiner Geige die Eingeborenen zum Übertritt zum Christentum bewegende San Francisco Solano fehlt ebensowenig wie Martín del Barco Centenera, Autor des mit seinem schon um 1501 in Lissabon gedruckten, schwülstigen Poems „Argentina y la Conquista del Río de la Plata“ unserem heutigen Land seinen Namen gab. Auch Félix Azara ist zugegen, der große Naturforscher, und der erste amerikanische Verteidiger der Menschenrechte, Fray Bartolomé de las Casas.

zumal auf nationaler Ebene, schaut wie gebannt auf die Umfragen über die Kandidaturen für nationale Deputierte im ganzen Land und drei Senatoren in acht Provinzen. Auf dieser Ebene spielt sich die nationale Politik ab. Anders verhält es sich mit der Ebene der Gliedstaaten, das sind 23 Provinzen und die autonome Stadt Buenos Aires, wo Abgeordnete der Parlamente gewählt werden, die ebenso wie die nationale Deputiertenkammer alle zwei Jahre die Hälfte der Mandate erneuern. Die Ergebnisse interessieren die amtierenden Gouverneure und den Regierungschef der Bundeshauptstadt, weil sie mit ihren Parlamenten die Gesetze erlassen und auf Mehrheiten angewiesen sind. Ähnlich verhält es sich mit den über 2000 Gemeinden im ganzen Land, vorerst die 15 neuen Kommunen der Stadt Buenos Aires ausgeschlossen, deren Gemeinderäte später gewählt werden. Auf dieser Ebene sind die jeweiligen Bürgermeister gefordert, die auch auf Mehrheiten in ihren Gemeinderäten angewiesen sind, wenn sie Gesetze erlassen. Überall wird Politik gemacht.



Kolumbus kniet vor der Königin.

Doch das Kunstwerk, an dem Dresco immerhin mehr als fünf Jahre arbeitete, um die jeweils etwa zweieinhalb Meter großen Standbilder zu modellieren und dann zu gießen, wäre nicht, was es ist, wenn es nicht ein Mysterium beinhalten würde. Und dieses Geheimnis existiert in Form einer kryptischen Figur mit wallendem Überwurf, einen nackten Eingeborenenknaben umarmend, gleich neben Azara stehend. Die Identität dieses quasi aus dem Rahmen fallenden Beschützers wird von vielen Sachverständigen erst gar nicht erklärt, und wenn, dann nur vage Namen und Beruf erwähnend: Sacerdote Fernández.

Da schien, glaubt man, Bildhauer Dresco nur noch eine Persönlichkeit in seiner Galerie zu fehlen, und jemand regte Sacerdote Fernández an.

Doch wer war wohl dieser Priester? Schlägt man im Espasa oder im Jackson oder aber in Diego Abad de Santillans umfassender Gran Enciclopedia Argentina nach, wird man mehrere Kleriker dieses Namens finden, doch welcher ist es nur? Fernández de Enciso wirkte zu weit entfernt, und andere Fernández' hätten keinen Vergleich mit der gezeigten



Gesamtansicht des Monuments.

Persönlichkeit ausgehalten. Es bedarf schon einer eingehenden Recherche, bis man endlich auf den korrekten Namensträger stößt: Juan Patricio Fernández, ein spanischer Jesuit, der bis 1672 im heutigen Paraguay wirkte und über seine Missionarstätigkeit eine umfassende „Relación Histórica“ von seinem Wirken unter den Chiquitos-Eingeborenen hinterließ, die 1726 in Madrid gedruckt wurde.

Ob Arturo Dresco (1875-1961) mit dem weithin unbekanntem Priester die Kenntnisse der Betrachter seines Opus auf die Probe stellen, oder aber ob er lediglich die Gruppe von 28 Konterfeis komplettieren wollte, um den für seine Arbeit vereinbarten Gesamtbetrag von 280.000 Pesos moneda nacional einstreichen zu können - es ist gut, dass es neben den Bekannten auch die eine oder andere Figur gibt, die bis zu einem gewissen Punkt Rätsel aufgibt.

Übrigens ist das herrlich dargestellte Pferd neben Alvar Nuñez Cabeza de Vaca eine Zugabe Drescos zum Nulltarif.

Als Ganzes gesehen scheint dieses wundervolle Monument unvollständig, sobald man bemerkt, dass eigentlich noch eine andere wichtige Figur, und zwar der Namensgeber Amerikas, fehlt, nämlich Vespucci. Denn das Denkmal soll ja ein Dank an Spanien sein.

Wirklich? Dann aber warum Kolumbus? Steht doch im Vertrag mit der Königin klipp und klar: „Cristobal Colón, geboren zu Genua, erhält...“.

Und nun steht das Denkmal, heute kaum beachtet (denn zur Zeit seines Entstehens war die Costanera Sur noch das populärste Freibad von Buenos Aires und stark besucht) am südlichen Ende der schattigen Küstenpromenade fast vergessen da. Unverdientermaßen.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: info@flyer.com.ar

www.flyer-de.de

AUTO UND MOTOR

Wo das alte Buenos Aires lebt

Die ersten Straßenverkäufer in Buenos Aires waren die Wasserträger. Sie holten das lebensnotwendige Nass aus dem Río de la Plata und trugen es in großen Kübeln, an einem mit dem Hals getragenen Art Ochsenjoch hängend, von Tür zu Tür. Erst um 1750 wurde in der Stadt von der Familie Basavilbaso der erste aljibe (Brunnen) gegraben.

Den Wasserträgern, allesamt per pedes, folgten die Fleischverkäufer und die Holzhändler, auch Eierverkäufer (teils Straußeneier!). Brot und Milch gab es nicht.

Nach diesen Händlern folgten dann andere Branchen, bald schon zweirädrige Handkarren durch die oft morastigen Straßen ziehend, bevor sich die ersten Geschäftslokale etablierten.

Doch der Straßenverkauf ging für die mannigfaltigsten Produkte weiter. Man konnte lebendes Geflügel oder aber auch Milch direkt vom Euter kaufen, wenn auch nun schon die Handkarren durch zwei- oder vierrädrige Pferdegespanne verdrängt wurden.

Bis dann mit Beginn des 20. Jahrhunderts die „tracción a sangre“ von speziell umgebauten Kleinlastern abgelöst wurde, die man ei-



Ein eleganter Milchwagen aus den 30er Jahren.

gentlich noch bis vor wenigen Jahrzehnten über die Pflastersteine rumpeln sah - die Verkäufer von Stangeneis, in den Außenbezirken sogar komplette Krämer- und Gemischtwarenläden, und auch der Milchmann.

Diese Kleinlasten wurden von ihren Besitzern fein herausgeputzt und rollten von Tür zu

Tür, um beispielsweise Milch aus Kannen auszuschenken. Die Hausfrau stand dann vor ihrem Haus und hielt dem Mann ein entsprechendes Gefäß hin. Es war frische Milch, morgens gemolken (also im Grunde frischer als heutzutage), die von den Tambos in den Vororten kam, allerdings nicht selten gepanscht wurde.

Aus jener Zeit stammt die Kunst des „fileteado“, das Verzieren der Fahrzeuge durch schnörkelvolle, bunte Linien auf hellem Hintergrund, oft durch Rosetten und Blumen und gelegentlich auch durch das Konterfei des Publikumsliebblings Carlos Gardel bereichert. Eine typische Kunstrichtung von Buenos Aires.

Solche Exemplare aus dem alten Buenos Aires kann man, neben Schnauferln und ganzen Inneneinrichtungen von Almacenes oder Frisörstuben, im Museo del Automóvil sehen.

Das Museum befindet sich in der Irigoyen 2265, drei Häuserblocks von der Avenida General Paz und Francisco Beiró, Villa Real. Geöffnet ist es wochenends und an Feiertagen von 10 bis 19 Uhr, Führungen auch wochentags nach Anruf: 4644-0828 und www.museodelautomovil.com.

Gedenkfeier zum 64. Jahrestag des Sieges der Alliierten über Nazi-Deutschland

Wie jedes Jahr, gedachte der Jüdische Verband der Überlebenden der Nazi-Verfolgung (Sherit Hapleitá) zusammen mit Generationen der Schoa in Argentinien des Sieges der Alliierten über Nazi-Deutschland mit einer Feier im Auditorium der Jüdischen Gemeinde (AMIA), an der Vertreter der Nationalregierung und der Hauptstadt, Botschafter und diplomatische Vertreter verschiedener Länder Europas (die Bundesrepublik war vertreten durch den Botschafter Günter Kniess), sowie die jüdischen Institutionen teilnahmen.

Es sprachen: José Moskovits, Ehrenvorsitzender des Verbands der Überlebenden, Shan Morgan, Botschafterin von Grossbritannien, die die zentrale Rede hielt, Daniel Gazit, der neue Botschafter Israels in Argentinien, Raul Zaffaroni, Minister des Obersten Gerichtshofs, der Aussenminister Jorge Enrique Taiana, der ausserdem eine persönliche Botschaft der Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner verlas, und Aldo Donzis, Präsident des jüdischen Dachverbandes DAIA.

Sechs Kerzen wurden angezündet: die erste von der Botschaftsrätin Andrea Watson und Sekretärin Marise Nogueira von der brasilianischen Botschaft zu Ehren des ersten lateinamerikanischen Landes, das militärische Einheiten an die europäische Kriegsfront schickte; die zweite von Griechenlands Botschafter Michael Christides, zum Gedenken an den Widerstand des griechischen Volkes gegen den Faschismus; die dritte vom Botschafter Norwegens, Nils Haugstveit zum Gedenken an die norwegischen Soldaten, die an der Seite der Alliierten gekämpft haben; die vierte Kerze entzündete die stellvertretende Botschafterin Polens, Izabela Matusz zum Gedenken an die polnischen Partisanen und Soldaten, die vielen Juden das Leben gerettet haben; die fünfte Kerze der Botschafter Tschechiens, Stepan Zajac, zum Gedenken an den heldenhaften Widerstand des tschechoslowakischen Volkes. Die sechste Kerze wurde – an Stelle des leider verhinderten Botschaftsrates der Dominikanischen Republik José Tapia - vom Präsidenten der AMIA, Guillermo Borger, und dem Gemeinderabbiner Shlomo Benhamú, entzündet, zum Gedenken an das einzige Land, das bei der Evian-Konferenz 1938 be-



Foto: Sergio Gonzalez

V.l.n.r.: José Moskovits, Ehrenpräsident des Verbands, Diana Wang, Präsidentin von Generaciones de la Shoá in Argentinien mit der Botschafterin Grossbritanniens Shan Morgan

reit war, jüdische Flüchtlinge in fast unbegrenzter Zahl aufzunehmen.

Zu bewegtem Applaus kam Fernando Ender mit seiner Familie und Verwandten auf die Bühne, um die Kontinuität des Lebens zu feiern, die ohne den Sieg der Alliierten nicht möglich gewesen wäre.

Shaúl Hochberger moderierte die Feier. Den musikalischen Teil gestalteten der Nationale Jugendchor (CoNaJo) unter der Leitung von Pablo Banchi und das Trio Klezmer Young.

Regina Malke Schmiedeberg

LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

Die grössten Banken von Mexiko haben die Fristen für schon gewährte Kredite an kleine und mittlere Unternehmen hinausgeschoben, um ihnen zu helfen, die Folgen der Rezession zu meistern.

Das Bruttoinlandsprodukt von Chile lag im 1. Quartal 2009 um 2,1% unter der gleichen Vorjahresperiode und um 0,6% unter dem 4. Quartal 2008. Im 1. Quartal 2008 war es um 3% gewachsen, so dass das BIP jetzt knapp über dem Stand des 1. Quartals 2007 liegt.

Die spanische ENCE, die den Bau einer grossen Zellstofffabrik in Uruguay beabsichtigte (zuerst neben der Botnia-Fabrik, in Fray Bentos, und dann in der Nähe von Colonia), hat das Projekt aufgegeben und es mitsamt der Aktiven für u\$ 343 Mio. an eine Gesellschaft verkauft, die sich zu gleichen Teil aus der schwedisch-finnischen Stora Enso (das grösste Papierunternehmen von Europa) und der chilenischen Arauco (die in Argentinien die Zellstofffabrik Alto Paraná (Kapazität: 350.000 Jato), ein Sägewerk, 230.000 ha Forstland in Misiones, die Faserholzfabrik Faplac u.a. Objekte besitzt) zusammensetzt. Ence überträgt 130.000 ha mit Aufforstung und Grundstücke, auf denen die Fabrik errichtet werden sollte. Stora Enso hatte vor Jahren schon ihr Interesse an der Errichtung einer Zellstofffabrik in Uruguay bekundet und zu diesem Zweck schon 74.000 ha aufgeforstet. Arauco besitzt dort auch 30.000 ha mit Bäumen, so dass es jetzt insgesamt 255.000 ha sein werden.

Die beiden brasilianischen Lebensmittelkonzerne Perdigão und Sadia haben sich auf eine Fusion geeinigt und bilden künftig einen der weltweit grössten Unternehmen auf dem Gebiet der Hühnerzucht und -verarbeitung. Die Aufsichtsräte beider Firmen stimmten einer entsprechenden Vereinbarung zu, wie die Unternehmen am Diens-

tag in São Paulo mitteilten. Der neue Konzern mit insgesamt 120 000 Beschäftigten soll den Namen «Brasil Foods» (BRF) tragen. Durch die Fusion entsteht der zweitgrößte Lebensmittelkonzern Brasiliens mit einem Jahresumsatz von rund 22 Mrd. Reais (etwa E 7,6 Mrd.). Die Entscheidung muss noch von den nationalen Wettbewerbsbehörden genehmigt werden. Beim neuen Unternehmen halten Perdigão 70% und Sadia nur 30%, nachdem diese Firma in eine Krisensituation geraten war. 2006 hatte Sadia ein Übernahmeangebot für Perdigão gemacht, das abgelehnt wurde. (dpa/AT)

China hat Brasilien einen Kredit der Entwicklungsbank von u\$ 10 Mrd. gewährt, gegen Erdöllieferungen im Laufe eines Jahrzehntes. Nächstes Jahr sollen 150.000 Barrel täglich und danach 200.000 während 9 Jahren geliefert werden. Insgesamt wurden 13 Abkommen unterzeichnet, die sich auf Wissenschaft, Häfen, Landwirtschaft u.a. Themen beziehen.

Wir freuen uns über die Ankunft von

LUZ

Deine Eltern

**Tatiana Schiaffino geb. de Ezcurra
Nicolás Schiaffino**

Grosseltern

**Rafael de Ezcurra und Norma de Ezcurra geb. Alemann
Lucas und Mónica Schiaffino**

Buenos Aires, 21. Mai 2009

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,75, um 0,27% über der Vorwoche und um 8,07% über Ende 2008. Der Rofex-Terminkurs lag für den 30.6.09 bei \$ 3,77, zum 30.9.09 bei \$ 3,895, zum 30.12.09 bei \$ 4,018, zum 31.3.10 bei \$ 4,13 und zum 30.6.10 zu \$ 4,248.

Der Merval-Aktienindex verzeichnet in einer Woche zum Donnerstag eine Zunahme von 7,78% und gegenüber Ende Dezember 2008 eine von 44,57%.

Die Staatsbonds, die anlässlich der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, wiesen in einer Woche zum Donnerstag allgemeine Kurszunahmen auf. Par-Bonds in Pesos stiegen um 10,82%, und lagen um 31,58% über Ende Dezember; Discount-Bonds in Pesos stiegen um 7,82%, lagen jedoch um 3,42% unter Ende Dezember; Boden 2014 stiegen um 1,71% (bzw. 17,14%), Boden 2012 um 2,37% (9,42%) und Boden 2013 um 2,08% (9,77%). In einigen Fällen (Par.Bonds und Discount-Bonds) hat die Regierung gekauft, womit sie die Kurse in die Höhe getrieben hat. Darüber wurde jedoch keine Auskunft erteilt, weil sonst die Kurse steigen und der Regierung das Geschäft versalzen.

Die Währungsreserven der ZB betragen zum 8.5.09 u\$s 46,50 Mrd., um 0,29% mehr als in der Vorwoche und um 0,25% mehr als Ende 2008. Der Notenumlauf betrug \$ 78,35 Mrd., um 2,59% über der Vorwoche und um 6,82% unter Ende Dezember.

Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 8.5.09 bei \$ 207,33 Mrd., um 1,83% unter der Vorwoche und nur um 0,84% über Ende Dezember. Girodepositen nahmen im Laufe des Jahres 2009 um 11,87% ab, während Spardepositen um 1,68% stiegen und Fristdepositen um 12,46%. Die starke Abnahme der Girodepositen deutet auf einen geringeren Zahlungsverkehr hin, der ein deutliches Rezessionszeichen ist.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden letzten Woche an der Börse von Buenos Aires zu 14% diskontiert (Vorwoche: 12,36%), auf 60 Tage zu 17,13% (13,34%), auf 90 Tage zu 15,97% (14,54%), auf 120 Tage zu 17,18% (16,54%), auf 180 Tage zu 18,29% (18,05%) und auf längere Fristen zu 20,25% (20,91%). Die Zinssätze sind allgemein gestiegen, nachdem sie in den zwei vorangehenden Wochen leicht gefallen waren.

Gold wurde letzte Woche in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu \$ 73,39 pro Gramm (Vorwoche: \$ 71,98) gehandelt, und bei 24 Karat zu \$ 124,40 (\$ 121,30).

Der Botschafter der EU in Argentinien, Gustavo Martín Prada, und der Leiter der EU-Delegation, Cristophe Forax, haben bekannt gegeben, dass die Europäische Inve-

stitutionsbank wieder Kredite an Argentinien erteilen werde, nachdem sie 2001 die Kreditgewährung an das Land eingestellt hatte. Zunächst soll die argentinische VW-Filiale einen Kredit erhalten. Und dann wurden Kredite für E 2,8 Mrd. bereit gestellt, die für Projekte bestimmt sind, die mit der Einführung der europäischen Digitaltechnologie beim Fernsehen (DVB) in Verbindung stehen. Argentinien hat in 3 Jahren nicht entschieden, ob die europäische Technologie, die japanische (ISDB-T) oder die nordamerikanische (ATSC) eingeführt wird. Die Präsidentin Cristina Kirchner hatte vor einem Monat erklärt, Argentinien werde mit Brasilien, das die japanische Technologie verwendet, ein gemeinsames System für digitales Fernsehen einführen. Der Fall ist jedoch noch nicht entschieden, wobei der EU-Delegierte jetzt darauf hinwies, dass die EU-Technologie in 120 Ländern eingeführt worden sei, und auch viel billiger als die japanische sei.

Der Index des Statistischen Amtes (INDEC) über die wirtschaftliche Tätigkeit, benannt EMAE (Estimador Mensual de la Actividad Económica), der eine grobe Schätzung des BIP ist, lag im März um 2,7% über März 2008 und um 0,2% unter Februar 2009. In 12 Monaten zum März weist der Index eine Zunahme von 5,5% gegenüber der vorangehenden 12monatsperiode aus. Die Consultingfirma Orlando Ferreres & Partner hat für März einen interanuellen Rückgang von 2,4% berechnet, und für April einen von 5,8%.

Die Teigwarenfabrik "Pastas Orali" hat eine neue Fabrik im Vorort Ciudadela auf einem Gelände von 2.000 qm in Betrieb genommen. Dies stellt eine Investition von \$ 4 Mio. dar, wobei 150 Arbeiter zusätzlich beschäftigt werden. Der Teigwarenkonsum wird kaum von der Rezession betroffen, wobei er eventuell sogar zunimmt, weil es sich um ein billiges Nahrungsmittel handelt, das teurere ersetzt.

Die Nationale Wertpapierkommission (CNV) hat ein Verfahren gegen die Agentur Standard & Poor's eingeleitet, wegen ihres Verhaltens im Fall Bonesi. Diese Einzelhandelskette für Haushaltsartikel (Eisschränke, Waschmaschinen u.a.), hat ein Vergleichsverfahren vor Gericht gefordert. Die verkauften Produkte wurden mit Mitteln eines Treuhandfonds finanziert, wobei die Firma Bonesi Amortisationen und Zinsen, die nach dem gerichtlichen Verfahren gezahlt wurden, einbehalten hatte. Anlässlich einer Klage vor der Justiz, verfügte der zuständige Richter, dass dieses Geld dem Treuhandfonds gehöre und nicht vom Vergleichsverfahren erfasst sei. Jetzt hat die Wertpapierkommission verfügt, dass \$ 370.000, die an 60 Beteiligte des Fonds entfallen, von ihr gezahlt werden.

Die Importe lagen im April um 43% unter dem gleichen Vorjahresmonat, wobei 37 Punkte auf den Rückgang der Mengen und

10% auf niedrigere Preise zurückzuführen sind. In 4 Monaten lagen die Importe um 38% unter dem Vorjahr. Hier kommt die lokale Rezession zum Ausdruck, wobei nicht nur die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten abgenommen hat, sondern auch Lagerbestände abgebaut wurden, um die finanzielle Lage zu erleichtern. Auch die Kapitalgüterimporte sind um 46% zurückgegangen, was mit weniger Investitionen in Maschinen und Anlagen zusammenhängt. Die Exporte lagen hingegen im April um 5% über dem gleichen Vorjahresmonat, nachdem sie im Januar 36%, im Februar um 25% und im März um 16% unter der Vergleichszahl des Vorjahres gelegen hatten. Die Zunahme des Gesamtexportes erfolgte trotz einer Preisabnahme von durchschnittlich 17%, so dass sie in Mengen 22% betrug. Bei den Exporten ist zu bemerken, dass die Vergleichsbasis im Vorjahr wegen des Lieferstreiks der Landwirte relativ niedrig war.

Der Bankenverband Adeba, der die Banken von lokalem Kapital umfasst, hat eine Gehaltserhöhung von 15%, rückwirkend ab 1. März, bekanntgegeben. Auch die Bank Citi, die dem Verband ABA angeschlossen ist, hat diese Erhöhung gewährt. Die Gewerkschaften fordern jedoch eine Zulage von 25%, bei einem Mindestgehalt von \$ 2.200, und die Gleichstellung der Gehälter von privaten und öffentlichen Banken. Das würde eine zusätzliche Gehaltserhöhung bei diesen, an erster Stelle bei der Banco Nación, mit sich bringen. Die Staatsbanken sind jedoch mit den Privatbanken nicht vergleichbar, da diese im Verhältnis zu ihrem Geschäftsvolumen eine geringere Belegschaft haben, u.a. weil sie bei der Einführung moderner Informatik viel weiter fortgeschritten sind.

Das Staatssekretariat für Tourismus berichtet, dass die Zahl der über den Flughafen Ezeiza einreisenden Touristen im März 2009 um 19,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag, womit die Zahl von 224.000 auf 180.000 abnahm. Im 1. Quartal trafen in Ezeiza 561.429 Reisende aus dem Ausland ein, 109.839 weniger als im Vorjahr.

Im April wurden 100.554 gebrauchte Fahrzeuge verkauft, 25,5% weniger als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Zeitung "Ambito Financiero" hat berechnet, dass 20 Grossunternehmen für fast die Hälfte der Gesamtexporte des Jahres 2008 verantwortlich sind. An erster Stelle steht Carill mit u\$s 5,72 Mrd (8,1% der Gesamtexporte), gefolgt von Bunge mit u\$s 3,71 Mrd. (5,3%), Louis Dreyfus mit u\$s 3,08 Mrd. (4,4%), Aceitera General Deheza mit u\$s 2,73 Mrd. (3,9%), YPF mit u\$s 2,03 Mrd. (2,9%), Molinos Rio de la Plata mit u\$s 1,61 Mrd. (2,3%), Siderca mit u\$s 1,61 Mrd (2,3%), Nidera mit u\$s 1,54 Mrd. (2,2%), Minera Alumbrera mit u\$s 1,40 Mrd. (2%), Pan American Energy mit u\$s 1,40 Mrd.

(2%), Vicentin mit u\$s 1,4 Mrd. (2%), ADM mit u\$s 1,19 Mrd. (1,7%), Alfred Toepfer mit u\$s 1,12 Mrd. (1,6%), Asociación de Cooperativas Argentinas mit u\$s 1,05 Mrd. (1,5%), Toyota mit u\$s 0,98 Mrd. (1,3%), Oleaginoso Moreno mit u\$s 0,91 Mrd. (1,3%), Noble Argentina mit u\$s 0,91 Mrd. (1,3%), Peugeot-Citroen mit u\$s 0,91 Mrd. (1,2%), VW mit u\$s 0,84 Mrd. (1,2%), und Ford mit u\$s 0,84 Mrd. (1,2%).

Das im Oktober zwischen Argentinien und Brasilien vereinbarte System der Zahlung in lokalen Währungen wurde in 7 Monaten von 160 Unternehmen (davon 80 argentinische und 80 brasilianische), für einen Gesamtbetrag von \$ 122,8 Mio. (etwa u\$s 35 Mio.) verwendet, die sich auf 214 Geschäfte aufteilen und etwa 10% des bilaterales Handels, berichtet die ZB. Obwohl bei der Verwendung der lokalen Währungen Bankprovisionen gespart werden, die sich bei der Umrechnung in Dollar ergeben, gewöhnen sich die Exporteure und Importeure nicht an das neue System, das auch von den Banken nicht gefördert wird, weil sie dabei Einnahmen verlieren.

Das Parlament der Stadt Buenos Aires hat den Verkauf eines Grundstückes an den Strassen Leandro N. Alem, Córdoba und Av. Madero genehmigt, wo sich gegenwärtig eine Tankstelle und ein Parkplatz befinden. Gleichzeitig wird erlaubt, dort Hochhäuser bis 150 Meter zu bauen, was dem Grundstück einen höheren Wert erteilt. Der Erlös muss in den Kauf von Schulen angelegt werden, die die Stadtverwaltung gegenwärtig mietet. Die Stadt erhielt bisher für dieses Gebiet eine Gebühr von \$ 11.000 monatlich, zahlt jedoch insgesamt um die \$ 10 Mio. an Mieten für Schulgebäude. Auf alle Fälle wird dieses Geschäft die Stadtfinanzen verbessern.

Bei einem landwirtschaftlichen Kongress, der in Mar del Plata in der Vorwoche stattgefunden hat, wurde die "katastrophale" Lage beim Weizen behandelt. Die diesjährige Aussaat wird auf 3,5 Mio. Ha geschätzt, die niedrigste Fläche seit 1902/03. In einer Studie des Verbandes der Lagerhäuser, die Weizen kaufen, wurde darauf hingewiesen, dass die Landwirte 2006/07 und 2007/08 Einnahmen von u\$s 2,88 Mrd. eingebüsst haben, 38% wegen den Exportzöllen und 62% wegen den niedrigen Preisen (weil der Export verboten oder kontingentierte wurde). Das hat den Weizenmühlen und den Exporteuren einen zusätzlichen Gewinn zugeschanzt. Die Exporteure, die für den Weizen einen Preis bezahlt haben, der unter dem Paritätspreis lag (internationaler Preis minus Frachten, Exportkosten und Exportzölle), jedoch zu diesem exportiert haben, haben die Differenz eingesteckt. Das führte auch dazu, dass die Zahl der Exporteure von den traditionellen 12 auf 36 anstieg. Solange der Export nicht freigegeben wird, wird dieser anormale Zustand andauern.

Die Gemeinde des Vorortes Vicente Lopez hat zusammen mit der Firma Gas Natural BAN ein Projekt in Angriff genommen, das in einer Gasleitung von 4.280 Metern,

einer Anlage zur Regulierung des Gasdruckes und einem Netz von 4.600 Metern besteht. Die Gemeinde investiert dabei \$ 4,5 Mio. und das Unternehmen \$ 1,5 Mio.

Der Wirtschaftsjournalist Néstor Scibona berichtet in der Zeitung "La Nación" (17.5.09), dass das Rentenverwaltungsamt ANSeS \$ 1 Mrd. zur Hypothekenbank beitragen wird, als Darlehen oder in Form von Obligationen, und in beiden Fällen zu 10% jährlich, um Wohnungskredite auf 20 Jahre zu 15% zu finanzieren. Der Höchstbetrag für die Kredite soll \$ 300.000 betragen, so dass etwas über 30.000 Hypothekarkredite vergeben werden können.

Die Dürre hat zu einer höheren Besetzung der "feed lots" geführt. Der Branchenverband meldet, dass in 4 Monaten 2009 die Zahl der gemästeten Rinder um 24,3% zugenommen hat, so dass eine Auslastung der Kapazität von 62% erreicht wurde. 2005 betrug die Auslastung nur 40%.

Eine Studie des Zentrums über regionale und experimentelle Wirtschaft (CERX), geleitet von Victoria Garrizo, hat ergeben, dass Ende April 2009 die Gesamtschuld der Familien gegenüber dem Finanzsystem \$ 64,98 Mrd. betrug, 3% unter Dezember 2008. Mit Schulden gegenüber nicht eingetragenen Finanzanstalten, steigt der Betrag auf \$ 86,95 Mrd., 0,4% über Ende Dezember. Die Haushalte verwenden durchschnittlich 39,7% ihres Einkommens für die Bedienung dieser Passiven (Amortisationen und Zinsen).

Die Stadtregierung von Buenos Aires hat zusammen mit ihrer Bank, der Banco Ciudad, einen Kreditbetrag von \$ 100 Mio. zur Vorzugsbedingungen bereitgestellt, der für Exportunternehmen und solche, die mit "kreativen" Tätigkeiten verbunden sind, bestimmt ist. Darunter fallen Verlage, Musikvertrieb u.a. Der Höchstbetrag beläuft sich auf \$ 200.000.

Gemäss Angaben des Arbeitsministeriums ist die Zahl derjenigen, die ihre Arbeit von ihrer Wohnung aus verrichten ("home working") von 300.000 im Jahr 2004 auf 570.000 2007 und 1,3 Mio. 2008 gestiegen. Die Consulting-Firma Enrique Carrier & Partner hat ermittelt, dass in einem Haushalt von vier ein Ort für Fernarbeit über einen Computer (oder Laptop) mit Internetverbindung besteht, der von einem oder mehr Familienmitgliedern verwendet wird. Bei dieser Heimarbeit spart der Betroffene die Reisezeit, kann daneben und zwischendurch auch Hausarbeiten oder andere Tätigkeiten verrichten, und gelegentlich ausruhen. Die Unternehmen sparen dabei Platz, Strom u.a. Kosten. Das Problem besteht darin, dass die Arbeit, die normalerweise in Zeit gemessen wird, dabei auf konkrete Leistungen bezogen werden muss, die genau definiert werden müssen. Wer schnell arbeitet, hat dann eine geringere Arbeitszeit.

Die Berufungskammer für Soziale Sicherheit hat bestimmt, dass die Beträge, die bei

einer Rentenkasse freiwillig eingezahlt wurden, also über den obligatorischen Betrag hinaus (wodurch die zukünftigen Renten beim Kapitalisierungssystem erhöht würde) vom ANSeS auf einer Bank in Form von Fristdepositen deponiert werden muss, bis die Reglementierung erlassen wird. Das Geld wird somit nicht zurückgegeben, sondern nur sichergestellt. Es handelt sich um einen Betrag von \$ 470.124, den ein Mitglied des privaten Systems zusätzlich gespart hatte. Die Regierung hat dieses Thema vorläufig in der Schwebe gelassen, wobei ANSeS-Direktor Amado Boudou erklärte, das zwei Möglichkeiten bestünden, nämlich die Rückgabe oder eine Erhöhung der zukünftigen Pension.

Die Vorsitzende der Nationalen Agentur für die Entwicklung von Investitionen (ProsperAr), Beatriz Nofal, erklärte, die Investitionen hätten 2008 einen Anteil von 23% am BIP erreicht, nachdem sie 2002 auf ein Minimum von 11,3% gesunken waren. Die Investitionsrate der Jahre 2007 und 2008 stelle einen Rekord in den letzten 30 Jahren dar. Zwischen 2003 und 2008 hätten sich die direkten Auslandsinvestitionen verfünffacht und u\$s 7,98 Mrd. erreicht.

Im Bericht, den ANSeS-Verwalter Amado Boudou dem Kongress vorgelegt hat, heisst es, dass die Anlagen der ANSeS in produktiven Projekten \$ 4,74 Mrd. erreicht haben, 8 Mal so viel wie die privaten Rentenkassen für diese Zwecke investierten. Der Betrag schliesst Wohnungsbau (und Finanzierung), Strassenbau, Kraftwerke, Kredite an landwirtschaftliche Unternehmen, an die Bauwirtschaft u.a., und auch Konsumkredite für Kfz und Haushaltsgüter ein. Das ANSeS haben ausserdem schon u\$s 1,24 Mrd. zurückgebracht, die die Rentenkassen im Ausland in Aktien von J.P.Morgan, Exxon, Bank of America und Coca Cola angelegt hätten. Die Kirchners versuchen in letzter Zeit, die Verstaatlichung der von den privaten Rentenkassen verwalteten Mittel mit dem Argument zu rechtfertigen, dass sie jetzt für die wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt werden, was angeblich vorher nicht geschah. Tatsache ist, dass die Rentenkassen seinerzeit gezwungen wurden, Staatspapiere zu kaufen, die schliesslich die Hälfte ihres Portefeuilles ausmachten.

Die ZB hat letzte Woche Wechsel für \$ 200 Mio. ausgeschrieben, Offerten für \$ 893 Mio. erhalten und \$ 751 Mio. zugeteilt. Lebac auf 98 Tage wurden zu 14,40% verzinst, auf 112 Tage zu 14,53%, auf 175 Tage zu 14,98% und auf 336 Tage zu 16,235%. Nobac auf 364 Tage wurden zu 0,90% über Badlarsatz plus 2,50% verzinst, auf 250 Tage zu 1,20% darüber und zu 10092 Tagen zu 1,80% darüber.

Gas Argentino S.A. (GASA) hat letzte Woche eine Gläubigereinberufung vor Gericht beantragt, nachdem der Gläubiger Continental Energy den Konkurs gefordert hatte. GASA ist der Mehrheitsaktionär des Gasverteilungsunternehmens Metrogas (Bundeshauptstadt und südliche Bezirke der Umge-

bung, mit 2 Mio. Kunden). 70% des Kapitals. 20% entfällt auf Minderheitsaktionäre, die die Aktien an der Börse gekauft haben und 10% auf die Belegschaft. GASA gehört zu 55% British Gas und zu 45% YPF. Die gemeldeten Passiven von GASA werden auf u\$ 100 Mio. geschätzt, von denen u\$ 40 Mio. auf vier Investment-Fonds entfallen, davon auch Continental Energy. Metrogas leidet unter eingefrorenen Tarifen, so dass kein Überschuss entsteht, um Schulden abzubauen. Bei den zugelassenen Tarifierhöhungen geht der Betrag an einen Fonds, der für neue Investitionen bestimmt ist.

Die gesamten Bankkredite für den privaten Bereich sind im Laufe dieses Jahres (bis zum 8. Mai) nur um 2,8% gestiegen, gegen 11,2% in der gleichen Vorjahresperiode. Insgesamt machen diese Kredite \$ 111 Mrd aus, etwa 10% des BIP, ein gemäss internationalen Massstäben ausserordentlich niedriger Koeffizient.

Im April wurden 46.108 t Rindfleisch für u\$ 122 Mio. exportiert, gegen 51.198 t im März. In 4 Monaten lagen diese Exporte mit 182.830 t um 25% über dem Vorjahr. Von den April-Exporten entfielen 3.206 t auf die Hilton-Quote, bei der auch dieses Jahr die Gefahr besteht, dass das Kontingent von 28.000 t nicht erfüllt wird, wie es 2007/08 der Fall war. Bei der Hilton-Quote, die von der EU mit einem niedrigen Zoll belastet wird (gegen über 100% bei anderen Rindfleischimporten), liegt der Preis gut vier Mal so hoch wie bei anderen Fleischexporten. Wenn dieses Kontingent nicht erfüllt wird, dann fehlen Argentinien Argumente, um eine Erhöhung der Quote zu erreichen.

Der Verband der Milchlandwirte berichtet, dass in den letzten 12 Monaten 500 Milchbetriebe geschlossen haben, wobei noch weitere in nächster Zeit schliessen werden. Wegen der Dürre von 2008, und zum Teil auch von 2009, verfügen diese Landwirte über ungenügende Futterreserven für ihre Kühe, so dass sich viele gezwungen sehen, einen grossen Teil davon zu verkaufen. Abgesehen davon beklagen sich die Milchproduzenten über den niedrigen Milchpreis, der ihre Gestehungskosten nicht deckt. Die Industrieunternehmen zahlen gegenwärtig \$ 0,70 bis \$ 0,75 pro Liter, statt der mit der Regierung Anfang des Jahres verpflichteten \$ 1. Der internationale Preis für Trockenmilch ist in einem Jahr um etwa 40% gesunken, und die verarbeitenden Unternehmen wälzen dies auf den internen Milchpreis ab, weil sie keine andere Möglichkeit haben. Die meisten weisen Verluste und/oder eine schwierige finanzielle Lage auf. Als der Preis im Ausland hoch war, hat der Staat über 50% abgeschöpft, so dass die Industrie keine finanziellen Reserven hat. Die Subventionen, die an Milchlandwirte (nur diejenigen, die bis zu 3.000 Litern pro Tag liefern) verteilt werden, reichen nicht aus, um das Problem zu lösen.

Die Firma Ultrapetrol hat soeben den Bau eines Stossschleppers für flache Flussschiffe ohne eigenen Antrieb ("barcazas"), der bis zu 42 von diesen bewegen kann, für u\$ 8 Mio. fertiggestellt. Der Schlepper wurde bei

der unlängst verstaatlichten Werft Tandano (am Hafen von Buenos Aires) gebaut. Ultrapetrol beabsichtigt, eine Werft für den Bau von flachen Flussschiffen in Santa Fé für u\$ 50 Mio. zu errichten.

Durch Beschluss 2609/08 der AFIP (Amtsblatt vom 21.5.09) wurden die Bedingungen für die Vermögenslegalisierung flexibler gestaltet, wobei die Einsatzmöglichkeiten der Mittel erweitert wurden und die Forderung bei Seite gelassen wird, dass flüssige Mittel, die sich im Land befinden, bei einer Bank deponiert werden müssen.

In Anwesenheit der Präsidentin Cristina Kirchner wurde der Kaufvertrag von 20 Flugzeugen von der brasilianischen Embraer für Aerolíneas Argentinas unterzeichnet.

Der Kaufpreis beträgt u\$ 585 Mio., wobei die brasilianische Förderungsbank BNDES 85% des Betrages finanziert. 15%, gleich u\$ 88 Mio., fallen dem Schatzamt zur Last. Private Fachleute haben den Preis der Flugzeuge beanstandet, der um die u\$ 30 Mio. pro Flugzeug liegt, plus ein Betrag für Extraausstattungen. Der Boeing 737-700, den AA dieses Jahr gekauft hat, der 60 Sitzplätze (60%) mehr als die Embraer-Flugzeuge hat (164 statt 104), und kann auch längere Strecken ohne zu tanken fliegen, kostete u\$ 39 Mio., so dass die Investition pro Passagier und auch die Flugkosten pro Passagier, wesentlich geringer ausfallen, sofern die Flugzeuge gut ausgelastet sind. Die Instandhaltung der Embraer-Flugzeuge soll in der unlängst verstaatlichten Werkstatt in Córdoba erfolgen, die jedoch zum diesem Zweck Investitionen beansprucht, die auch dem Schatzamt zur Last fallen.

Über 150 Fabrikanten von Landmaschinen haben in Las Parejas, Provinz Santa Fé, in einer öffentlichen Veranstaltung auf die Krise der Branche hingewiesen. Gouverneur Binner reagierte auf dies, indem er die Tauschgeschäfte von Getreide und Ölstaat gegen Landmaschinen von der provinziellen Bruttoumsatzsteuer von 3,5% befreite. Wenn die Fabrikanten jedoch die Ware nachher zu einem höheren Preis weiterverkaufen, müssen sie 4,1% auf die Differenz zahlen. Für die Landwirte stellt dies ein Anreiz dar, um Landmaschinen mit ihrer Produktion zu kaufen.

Die Firma Papelera del Plata, die der chilenischen CMPC gehört und eine Fabrik für Toilettenpapier u. dgl. betreibt, musste die Produktion einschränken, was die Versorgung des Binnemarktes gefährdet, weil die Lastwagengewerkschaft (geleitet von Hugo Moyano und Sohn Pablo) die Fabrik blockiert und somit den Vertrieb verhindert hat. Der Gewerkschafter hatte vom Unternehmen die Zahlung einer hohen Summe gefordert, die dieses als völlig unberechtigt betrachtet, weil ihre Belegschaft nicht der Moyano-Gewerkschaft angehört. Somit weigert sich die Firma standhaft, dieser Erpressung nachzugeben, auch wenn H. Moyano den Kirchners sehr nahe steht. Moyano tauscht die politische Unterstützung, die er den Kirchners bietet, gegen eine ständige Erweiterung seiner Gewerkschaft, seiner

Macht und seiner Einnahmen aus.

Zweieinhalb Jahre nach Verkündung des Gesetzes über Förderung der Erzeugung von Strom auf der Grundlage erneuerbarer Quellen (Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, geothermische Energie) hat die Regierung das Reglementierungsdekret bekanntgegeben, das Steuererleichterungen u.a. Vorteile vorsieht, sowohl für die Fabrikation von Anlagen, wie für die Kraftwerke selber. Gleichzeitig gab die Regierung bekannt, dass die staatliche Enarsa eine Ausschreibung einleiten werde, um ein Kraftwerk dieser Art von 1.000 MW zu errichten. Dabei fehlen noch die Bedingungen, vornehmlich der Preis für den Strom, und wie dieser Preis garantiert wird. Wie verlautet, will die Regierung jetzt Investitionen für u\$ 2,5 Mrd. auf diesem Gebiet anregen. Das ungelöste Problem besteht darin, dass diese Regierung überhaupt keine Glaubwürdigkeit genießt, und keine faktische Möglichkeit hat, den Unternehmen einen bestimmten Tarif zu garantieren, wobei es diesen auch schwierig fällt, die finanziellen Mittel im Ausland zu beschaffen.

Der Senat der Provinz Buenos Aires hat ein Gesetz verabschiedet, das Vergünstigungen bei provinziellen Steuern für Projekte schafft, die im Rahmen der nationalen Vermögenslegalisierung durchgeführt werden.

Das Gesetzesprojekt über Erhöhung der MwSt. auf zahlreiche elektronische Produkte von 10,5% auf 21%, und Einführung einer internen Steuer von 17% (auf den Preis ab Fabrik oder ab Zollamt) wurde in der Deputiertenkammer vertagt, so dass es erst nach den Wahlen behandelt werden soll. Die Regierung erreichte das notwendige Quorum zunächst nicht. Das Projekt führt einmal zu einer Verteuerung von PCs, Laptops, Fernsehgeräten, Radiogeräten u.a. Da die Fabriken in Feuerland von nationalen Steuern ausgeschlossen sind, also auch von der internen Steuer, erhalten sie einen neuen Konkurrenzvorteil, der ihnen angeblich erlaubt, die Fabrikation auszuweiten und Importe zu ersetzen. Ohnehin haben diese Fabriken schon den Vorteil, dass sie die Teile, mit denen sie ihre Produkte montieren, zollfrei importieren und die fertigen Produkte dann auch ohne Zoll nach dem argentinischen Festland liefern können. Die gleichen Produkte zahlen, wenn sie als solche importiert werden, oder wenn die Teile ausserhalb von Feuerland eingeführt werden, den normalen Zollsatz.

Die Deputiertenkammer hat das Gesetzesprojekt genehmigt, durch das die Aktien von Lockheed Martin Aircraft Argentina S.A. vom Staat gekauft werden. Die Firma betrieb die Flugzeugwerkstatt in Córdoba, die der Luftwaffe gehörte. Die Konzession wurde vor kurzem aufgehoben. Angeblich wird der Preis für das Aktienpaket auf u\$ 63 Mio. berechnet, die das Schatzamt beitragen muss. Es fehlt noch die Genehmigung des Senates, die unmittelbar erfolgen sollte. Der Betrieb beschäftigt an die 1.000 Menschen.

Eine Begrenzung der Weisswaschung?

Das Gesetz über Vermögenslegalisierung birgt die Gefahr in sich, dass dabei Gelder weissgewaschen werden, die aus dem Drogenhandel, aus illegalen Waffengeschäften, aus Schmiergeldern, aus illegaler Bereicherung von Beamten und Politikern u.a. verbrecherischen Tätigkeiten stammen. Die Regierungen, alle voran die der Vereinigten Staaten, bemühen sich, die Legalisierung dieser Gelder zu erschweren, wenn möglich zu verhindern, um auch auf diesem Weg den Rauschgifthandel u.a. illegale Geschäfte zu bekämpfen. Da allein der Drogenhandel jährlich für die Spitzenhändler einen Überschuss von weit über u\$ 10 Mrd. erwirtschaftet, besteht theoretisch die Gefahr, dass diese Verbrecher nach und nach grosse Unternehmen beherrschen, deren Aktien an der Börse stark gestreut sind und ohne Hindernisse aufgekauft werden können, bis sich ein Mehrheitspaket bildet. Ohnehin ist der Aktienbesitz wegen Einsatz von Treuhandfonds in Steuerparadiesen undurchsichtiger geworden.

Diese illegalen Gelder suchen ständig nach Möglichkeiten, um in den legalen Kreislauf einzudringen. Sonst fällt es ihnen schwer, Immobilien, Aktien u.a. Aktiven zu kaufen, oder das Geld einfach zinsbringend anzulegen. So werden z.B. Gelder bei einer Bank deponiert und vor Tagesschluss auf eine andere Bank überwiesen, und von dieser noch am gleichen Tag auf eine andere, u.s.w. Diese Gelder werden somit nur von der letzten Bank dieses Kreislaufs registriert, für die es kaum möglich ist, dem Ursprung bis zum Anfang der Kette nachzugehen. Somit sind diese Mittel legalisiert worden. Das argentinische Weisswaschungsgesetz bietet auch eine gute Möglichkeit in diesem Sinn. Die Steuer, die dabei gezahlt werden muss, ist kein Hindernis, ebenso wie es die vielen Bankprovisionen nicht sind, die bei der mehrfachen Überweisung von einer Bank auf eine andere entstehen.

Das Amt, benannt "Einheit für finanzielle Information" (UIF, Unidad de Información Financiera) hat jetzt durch Beschluss 137/08 (Amtsblatt vom 19.5.09) Normen festgesetzt, an die sich Banken, Steuerberater, Anwälte u.a. bei konkreten Vermögenslegalisierungen halten müssen. Im Beschluss wird bestimmt, dass keine

der Bestimmungen, die im Gesetz über Vermögenslegalisierung enthalten sind, diejenigen, die dabei mitwirken, von der Pflicht befreit, sich an die Normen über Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus zu halten. Sie müssen das Risiko beurteilen, dass es sich bei der Legalisierung um Vermögen verbrecherischen Ursprungs handeln kann.

Im Wesen müssen diejenigen, die an den Legalisierungen beteiligt sind und eine Informationspflicht bezüglich verbrecherischer Gelder haben, "das Profil und die wirtschaftliche Lage des Steuerzahlers im Verhältnis zu dem Betrag beurteilen, der weissgewaschen wird". Auf gut deutsch heisst das, dass der Betrag der weissgewaschen wird, als Steuerhinterziehung erklärt werden können muss. Wenn also jemand ein Jahreseinkommen von \$ 500.000 hat und plötzlich einen zehn Mal so hohen Betrag legalisieren will, den er gemäss seiner Tätigkeit als Unternehmer oder sonst wie nicht hätte hinterziehen können, weil er ihn gar nicht verdienen konnte, dann muss der Fall angezeigt werden. In Extremfällen kann diese Norm der UIF wohl angewendet werden; aber in den meisten Fällen, ist es schwer zu beurteilen, was der Betreffende hätte hinterziehen können. Diese Subjektivität wäre vermieden worden, wenn sie die Möglichkeit der Vermögenslegalisierung auf schon eingetragene Gewinnsteuerzahler beschränkt und dabei einfach ein bestimmter erlaubter Vermögenszuwachs erlaubt worden wäre. Das ganze Gesetz hätte auf diese Weise wesentlich einfacher sein können.

Die Norm der UIF erschwert den Einsatz von Strohmännern, auch wenn diese sich erst jetzt beim Steueramt eintragen, um Vermögen legalisieren zu können. Denn wenn sie nicht nachweisen können, dass sie vorher schon viel verdienten, auch wenn dieses Einkommen schwarz war, dann laufen sie Gefahr, dass die UIF ihnen auf die Schliche kommt. Indessen bieten sich innerhalb dieser Normen weitgehende Möglichkeiten für die Legalisierung von Drogengeldern u.dgl., wobei auch der Umstand eine Rolle spielt, dass die Inhaber dieser Vermögen bei Schmiergeldern sehr grosszügig zu sein pflegen. (jea)

Staatsfinanzen mit zunehmendem Defizit

Im April wiesen die Finanzen des Nationalstaates ein echtes (offiziell als "finanziell" benanntes) Defizit von \$ 1,71 Mrd. aus, verglichen mit einem Überschuss von \$ 1,61 Mrd. im gleichen Vorjahresmonat und einem Defizit von \$ 733,6 Mio. im März. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieses Jahr fast \$ 1 Mrd. hinzugekommen sind, die im Vorjahr an die privaten Rentenkassen flossen. In 4 Monaten betrug das Defizit \$ 765, 9 Mio., weil im Januar und Februar noch ein Überschuss bestand.

Das primäre Ergebnis, bei dem Zinsen auf die Staatsschuld nicht als Ausgaben berücksichtigt werden, wies im April einen Überschuss von \$ 843,4 Mio. aus, gegen einen von \$ 2,80 Mrd. im April 2008 und von \$ 2,27 Mrd. im März 2009. In vier Monaten 2009 betrug der primäre Überschuss \$ 5,34 Mrd., gegen \$ 11,63 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode.

Für Zinsen wurden im April \$ 2,56 Mrd. aufgewendet, und in vier Monaten 2009 \$ 6,11 Mrd., 17% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Die Zinslast nimmt ständig zu, einmal wegen der steigenden Staatsschuld,

dann weil Karenzfristen auslaufen, die bei der Umschuldung vereinbart wurden, und schliesslich, weil Schulden zu niedrigen Zinsen amortisiert und durch Schulden zu höheren Zinsen ersetzt werden. Die CER-Wirkung auf die Staatsschuld in Pesos (etwa die Hälfte der Gesamtschuld) wird nicht als Ausgabe gebucht, was in das Kapitel "kreative Buchhaltung" gehört. Abgesehen davon wird der CER, der dem Index der Konsumentenpreise entspricht, grob gefälscht. Bei Berücksichtigung des eines echten CER-Wertes als Ausgabe würde das Defizit in die Höhe springen.

Die primären Staatsausgaben (ohne Zinsen) lagen im April mit \$ 21,58 Mrd. um 20% über dem gleichen Vorjahresmonat, während die Einnahmen mit \$ 22,42 Mrd. nur um 8% gestiegen sind. Bei den Ausgaben wirkte sich April die Zunahme der Zuwendungen an die Provinzen um 145% aus, in denen die Beteiligung von 30% am Exportzoll auf Sojabohne enthalten ist, die im April \$ 415 Mio. ausmachte.

Die Information, die Schatzsekretär Juan Carlos Pezoa bei Bekanntgabe des Defizites

gab, war dieses Mal noch dürftiger als in Vormonaten. Er rechtfertigte das echte Defizit mit einer "antizyklischen" Politik, was auf gut deutsch Defizitwirtschaft im keynesianischen Sinn bedeutet. Es ist jedoch fraglich, ob dieses Defizit einer bewussten Entscheidung der Regierung entspricht; man hat eher den Eindruck, dass es einfach durch die Umstände hervorgerufen wurde, nämlich niedrigere Fiskaleinnahmen wegen der rückläufigen Konjunktur und der gesunkenen Preise für die Exportcommodities, und höhere Ausgaben, wobei den Provinzen geholfen werden musste, damit sie die Gehälter und Renten zahlen konnten. Im Juni muss das zusätzliche halbe Jahresgehalt gezahlt werden, auch bei den Pensionen, das die Ausgaben sprunghaft in die Höhe treiben wird.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Rosemarie Grimm geb. Reuter, am 20.5.

Geburten

Luz Schiaffino, am 21.5.; Ta-tiana, am 28.4.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die Auswirkungen der Rezession

Mitte 2008 setzte eine Abschwächung der Konjunktur ein, mit einer spürbar geringeren Wachstumsrate, und im 4. Quartal begann die Rezession, mit einem leichten Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit, wobei das BIP gemäss der Berechnung des Wirtschaftsstudieninstitutes FIEL um 1% über dem Vorjahr lag. Im 1. Quartal 2009 vertiefte sich die Rezession, und alles deutet darauf hin, dass diese Tendenz andauert. Die Ökonomen, die noch vor einigen Monaten mit einer BIP-Abnahme für 2009 von Null bis 3% rechneten, sind jetzt pessimistischer geworden. Einer der Spitzengurus, Miguel A. Broda liegt mit seiner Prognose jetzt bei 4% bis 6%. Daniel Artana, Chef-ökonom bei FIEL, weist auf eine Abnahme des BIP des 1. Quartals 2009 gegenüber dem 3. Quartal 2008 von 5% hin, was einen Jahresrhythmus von minus 10% darstellt, weil das 4. Quartal 2008 schon niedrig lag. So schlimm dürfte es jedoch nicht werden. Wir haben vor Monaten schon darauf hingewiesen, dass das BIP 2009 um mindestens 5% unter dem Vorjahr liegen werde. Die einzelnen Statistiken, die nach und nach bekannt werden (Importe, Produktion von Stahl, von Kfz und vielen anderen Produkten, Steuereinnahmen u.a.) deuten auf alle Fälle in diese Richtung. Nach mehreren Jahren mit hohem BIP-Wachstum ist eine Abnahme von 5% und auch mehr normal. Es sollte keine Tragödie sein, wenn das BIP 2009 auf das Niveau von 2007 fällt, das immer noch weit über allen vorangehenden Jahren liegt.

Die um etwa 27% gesunkene Ernte 2008/07 (unter 70 Mio. Tonnen, gegen 96 Mio. im Vorjahr), bei viel niedrigeren Preisen, wirkt sich zum Teil erst jetzt aus, wenn die Ernte von Mais, Sonnenblume und Sojabohne ausläuft. Ebenfalls wirken sich die Exportverluste, wegen geringerer Mengen und/oder gesunkener Preise, bei mehreren Gütern (Leder, Holzbretter, Stahl, Aluminium, Kunststoffe, Erze, Kfz und deren Teile, sowie zahlreiche andere Industrieprodukte) zunehmend aus. Hinzu kommt noch die schleichende Wirkung der hohen Kapitalflucht, sowie die restriktive Geldpolitik der ZB, die in einer Abnahme von 6% in den ersten 4 Monaten 2009 der als M2 bezeichneten Geldmenge (Banknoten plus Giro- und Spardepositen) zum Ausdruck kommt. Kapitalflucht und restriktive Geldpolitik führen dazu, dass der Wirtschaft zunehmend Arbeitskapital fehlt, und das wirkt sehr rezessiv.

Der Multiplikatoreffekt wirkt bei aufstrebender Konjunktur nach oben, und jetzt nach unten, und sorgt für eine Vertiefung der Rezession. Hinzu kommt jetzt noch die Aussicht, dass die Weizenernte der Periode 2009/10 eventuell etwa gleich niedrig wie im Vorjahr ausfällt. Auch die Wahlen vom 28. Juni haben eine negative Wirkung, weil sie viele Unternehmer dazu verleiten, eine abwartende Haltung einzunehmen, bis man weiss, wie die Wirtschaft nach den Wahlen weitergeht, wobei Néstor Kirchner diese Wirkung noch durch seinen Hinweis verschärft, dass im Fall eines schlechten Wahlausganges für ihn, die Krise 2001/02 wieder kommt und chaotische Zustände eintreten.

Rezessionsdauer in USA und Argentinien

In den Vereinigten Staaten wird damit gerechnet, dass die Konjunktur sich jetzt auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert und im 4. Quartal 2009 oder im 1. Quartal 2010 die Erholungsphase einsetzt. Das viele Geld, das in die Wirtschaft gepumpt wurde, muss schliesslich eine allgemeine Wirkung auf die Nachfrage haben, umso mehr als die Konsumentenpreise stabil geblieben sind. Die Banken werden nach und nach saniert, und das Vertrauen kommt langsam zurück, besonders weil die Regierung, diese und die vorangehende, die Entscheidung getroffen hat, keine "systemrelevante Bank" fallen zu lassen, was auch grosse Versicherungsgesellschaften einschliesst. Die Welt ist sehr flüssig, so dass angenommen werden kann, dass es nicht lange dauern wird, bis Geld wieder in die normalen Kanäle der

Wirtschaft fliesst, und dafür sorgt, dass die Banken wieder Depositionen aufnehmen und Kredite erteilen, wie in guten Zeiten. Eventuell zieht sich die Erholung etwas in die Länge, weil die Bevölkerung infolge des Krisenschocks weniger ausgabefreudig geworden ist, wieder spart, und auch die Banken den Einsatz von Kreditkarten beschränken. Dieses gesündere Verhalten verleiht dann einer neuen Aufschwungsphase eine solidere Grundlage.

In Argentinien trat die Rezession später und milder ein, weil sie nur zum Teil auf äussere Umstände zurückzuführen ist. Die Dürre von 2008 hat nichts damit zu tun, die falsche Landwirtschaftspolitik auch nicht, und die Kapitalflucht ebenfalls nicht. Argentinien ist auf dem internationalen Finanzmarkt seit 2001 abwesend, so dass die weltweite Krise, die dieser seit 2007 durchmacht, das Land kaum berührt. Doch die allgemeine Rezessionswirkung bekommt Argentinien in Form niedrigerer Preise und geringerer Nachfrage für seine Exportgüter zu spüren. Dennoch sind die argentinischen Exportcommodities, an erster Stelle Sojabohne, viel weniger von der Krise betroffen, als reine Industriegüter. Eigentlich ist in diesem Fall nur die Blase geplatzt, die sich Mitte 2008 gebildet hatte. Denn die Notierung der Sojabohne in Chicago liegt mit u\$s 420 pro Tonne immer noch mehr als doppelt so hoch wie der normale Preis, der vor einigen Jahren bestand.

Indessen kann man annehmen, dass die Erholung sich hier hinausziehen wird und die neue Aufschwungsphase später als in den USA, der EU u.a. Ländern eintreten wird, u.a. weil sich Argentinien nicht den Luxus einer expansiven Geldpolitik leisten kann, wie die USA, die EU u.a. Staaten. Denn eine Geldexpansion wie in den USA würde hier die Kapitalflucht anregen, die Inflation anheizen und schliesslich ein Zahlungsbilanzproblem schaffen, das in einem Abwertungssprung endet. Wie gehabt.

Die Umstände, die die sehr gute Konjunktur verursacht haben, die Mitte 2002 eingesetzt hat, sind kaum noch vorhanden. Die Preise der Exportcommodities haben sich beruhigt, die Welt erlebt eine Rezessionsphase und dürfte danach weniger stark wachsen als in Vorjahren, die hohen Investitionen der 90er Jahre sind allgemein durch das Wachstum aufgebraucht und es wurde in den letzten Jahren zu wenig in kritischen Bereichen investiert, die Wirkung der technologischen Revolution der 90er Jahre (Informatik, Fernverbindungen und Biotechnologie) flaut ab, und der Kapital- und Kreditmangel tritt zunehmend in Erscheinung. Hinzu kommen dann noch die beunruhigenden Aussichten bei Erdöl und Gas. Unter diesen Umständen wird ein neuer Aufschwung schwierig, ganz besonders wenn bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik so konfuse und auch verkehrte Gedanken bestehen, wie sie die Kirchners seit jeher kennzeichnen, angefangen mit der absurden Entmutigung der Landwirtschaft.

Staatsfinanzen mit zunehmendem Defizit

Diese Rezession hat mehrfache Auswirkungen. Die erste war politisch, nämlich die Vorverlegung der Wahlen, um zu vermeiden, dass der Zeitpunkt derselben mit einer tieferen Rezession, mit erhöhter Arbeitslosigkeit und mehr Konflikten zusammentrifft, und die offizielle Rede von "Modell" und dem hohen Wachstum der Wirtschaft in einer Weise Lügen straft, die nicht mehr ignoriert werden kann. Denn vorläufig wird die Rezession von der Regierung bagatellisiert. Die Kirchners sprechen weiter von ihrem "Modell" und dem phantastischen Wachstum, den es herbeigeführt hat, wie wenn ab Mitte 2008 nichts geschehen wäre.

Eine weitere Auswirkung besteht im Defizit bei den Staatsfinanzen, das im März zum ersten Mal aufgetreten ist und danach unvermeidlich zunimmt, auch bei viel kreativer Buchhaltung und zunehmenden Zahlungsverzögerungen des Staates, jetzt auch bei Rückga-

be der MwSt. an Exporteure. Denn die Ausgaben steigen weiter mit Schwung, weil die Entscheidungen, die dies verursachen, schon getroffen worden sind, wobei ausserdem in Rezessionszeiten der Staat stärker beansprucht wird, um die sozialen Krise aufzufangen. Andererseits nehmen die Steuereinnahmen ab, die ohnehin letztes Jahr durch ausserordentliche hohe Preise für viele argentinischen Export-commodities, die hohe Exportzölle erlaubten, künstlich aufgebläht waren.

Die Regierung wird Schwierigkeiten haben, um das Problem zu lösen. Eine Eindämmung der Ausgaben bedeutet an erster Stelle eine Stilllegung oder Verlangsamung der öffentlichen Bauten, was eine stark rezessive Wirkung hat. Die Finanzierung des Defizites, zu der die der Amortisationen bestehender Staatsschulden hinzukommt, ist für einen Staat, der keinen Zugang zum internationalen Kapital- und Kreditmarkt hat, schwierig, wobei auch die Kredite der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank beschränkt sind, im ersten Fall besonders solange keine normalen Beziehungen zum IWF hergestellt werden. Die ausserordentlichen Mittel, über die das AN-SeS dank der Übernahme der Fonds der privaten Rentenkassen verfügt, sind bei der gegenwärtigen Politik bald am Ende, wobei man auch berücksichtigen muss, dass etwa die Hälfte in Staatspapieren besteht, die faktisch unverkäuflich sind, weil dies die Kurse stark drücken und noch mehr Probleme herbeiführen würde. Es ist auf alle Fälle höchst unverantwortlich, unter diesen Umständen, die Wirtschaftsminister Carlos Fernandez und seinen Mitarbeitern, und auch Kabinettschef Sergio Massa, bekannt sein sollten, die ausserordentlichen ANSeS-Gelder für allerlei Kredite einzusetzen, statt sie für die Deckung des finanziellen Defizites der Staatskasse aufzubewahren.

Wenn alle anderen Finanzierungsquellen versiegen, dann bleibt für die Regierung schliesslich nur die direkte Beanspruchung von "Vorschüssen" der ZB, wie in früheren Zeiten, vor der Konvertibilität. Das würde schliesslich zu einer starken Noten-emission führen; und wenn die ZB diese einschränken will, so muss sie den Bankkredit verringern, durch höhere Mindestreserven oder Unterbringung von Wechseln oder anderen Staatspapieren. Die ZB-Führung wird vor das Dilemma gestellt, zwischen einer inflationären Emission und einer rezessiven Kreditpolitik zu wählen. Wobei auch beides gleichzeitig eintreten kann.

Rezession drückt auf Preise und Löhne

Die Rezession weist eine weitere Folge auf, die positiv gewertet werden muss: der Inflationsrhythmus ist stark gesunken. Die jährliche Preiszunahme lag gemäss verschiedenen privaten Berechnungen Mitte 2008 über 25%, und ist jetzt auf etwa 15% gefallen. Das ist ein Fortschritt, der in einem Land mit langer Inflationserfahrung, und frischer Erinnerung an die Hyperinflationen von 1989 und 1990, sehr wichtig ist, da sich dabei die Gemüter beruhigen, was zu einem normalen Ablauf der Wirtschaft beiträgt, und auch die Zinssätze sinken. Die schwache Nachfrage macht Preiserhöhungen schwieriger. Abgesehen davon wirken sich auch die gesunkenen Commodity-Preise aus, die in vielen Fällen niedrigere Kosten für Rohstoffe und Halbfabrikate für die Industrie bedeuten.

Doch darüber hinaus hat die Rezession auch die Lohnzulagen allgemein gebremst. Jetzt ist genau das geschehen, was die Kirchners stets verabscheut haben, nämlich die Inflation und die Lohnerhöhungen durch Rezession zu bremsen. Das ist für sie ein liberales Rezept, welches sie als schlimme Ketzerei ablehnen. Ebenso haben sie stets die eigenartige These vertreten, dass es keinen Widerspruch zwischen Beschäftigung und hohen Reallöhnen gebe. Doch jetzt sind die Unternehmer allgemein hart geworden, haben nur geringeren Erhöhungen zugestimmt als in den Vorjahren, gelegentlich die Lohnverhandlungen hinausgeschoben, und lassen es auf Streiks ankommen. Denn sie haben keine Alternative. In mehreren Fällen wurde Zurückhaltung bei Lohnforderungen gegen Beibehaltung der Belegschaft ausgehandelt, auch mit Staatssubventionen für einen Teil der Löhne. Kleinbetriebe pflegen bei Lohnfragen noch viel härter zu sein, weil sie keine Ausweichmöglichkeiten haben, wie Kredite oder

Staatssubventionen. Die oberen Gewerkschaftsleiter erhalten Druck von den Betriebsräten, die die Wirklichkeit der Unternehmen kennen, damit sie sich mässig verhalten und die Erhaltung der Beschäftigung den Lohnerhöhungen voranstellen. Sie wissen genau, dass es hier einen Gegensatz gibt, auch wenn ihn die Kirchners leugnen.

Die Gewerkschaften, die höhere Zulagen durchgesetzt haben, wie die der Gastronomie, müssen einen starken Druck auf die Beschäftigung hinnehmen, mit steigender Arbeitslosigkeit bei Köchen und Kellnern. In der Bundeshauptstadt haben schon an die 300 Restaurants geschlossen, und Verbandsleiter meinen, es könnten dieses Jahr im ganzen Land bis zu 1.800 werden. Selbstbedienungsrestaurants, die im Verhältnis zum Umsatz viel weniger Personal beschäftigen, haben jetzt einen Konkurrenzvorteil, was sich auch auf die Beschäftigung auswirkt. Ebenfalls konkurrieren die Restaurants besser, die von Familien betrieben werden, wie die "Parrillas", bei denen es somit keine Arbeiter im Abhängigkeitsverhältnis gibt, oder wenn, dann schwarz und als Gelegenheitsarbeiter.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Die Wirkung der Rezession auf die Arbeitslosigkeit tritt mit etwas Verspätung ein, abgesehen davon, dass man davon ausgehen kann, dass die Regierung auch bei dieser Statistik lügt. Die Vollarbeitslosigkeit liegt bestimmt schon weit über den offiziell angegebenen 7% der aktiven Bevölkerung. Falsche Statistiken zu politischen Zwecken sind ohnehin bei dieser Regierung die Regel. Die Kirchners haben auch auf diesem Gebiet keine klaren Konzepte. Sie haben nicht einmal das Flexibilitätskonzept begriffen, das wesentlich ist, um eine relativ hohe Beschäftigung zu erhalten, und darin besteht, dass die Arbeitsbedingungen sich den effektiven Möglichkeiten der Unternehmen anpassen und dementsprechend differenziert sein müssen. Es gibt immer Arbeitsmöglichkeiten, aber zu niedrigeren Löhnen oder anderen Bedingungen, als sie die Gesamtarbeitsverträge vorschreiben. Auch muss im gleichen Sinn die Anstellung neuer Arbeitskräfte erleichtert werden, mit einer längeren Periode ohne Entlassungsschädigung und eventuell ohne Soziallasten. Das ist jedoch alles so ungefähr das Gegenteil dessen, was die Kirchners tun und denken, die dabei unter dem schädlichen Einfluss von Arbeitsminister Carlos Tomada und des Deputierten Héctor Recalde stehen, die beide von Beruf Gewerkschaftswälte sind und überhaupt kein Verständnis für die Beschäftigungsproblematik haben.

Diese Regierung hat von Anfang an eine Arbeitspolitik betrieben, die die Arbeit direkt und indirekt verteuert und das Arbeitsverhältnis starr gestaltet. Auch die absichtliche Beibehaltung der Ungewissheit bei Arbeitsunfällen und -krankheiten (weil ein neues Gesetz, das die konfliktiven Situationen regelt, seit drei Jahren hinausgeschoben wird) bedeutet höhere Kosten. All dies wirkt einmal direkt gegen eine höhere Beschäftigung, aber auch als Ansporn für eine stärkere Rationalisierung und Automatisierung, die ohnehin schon als Folge vom Einsatz von Computern und Informatik-Software stattfindet. Es bestehen noch viele Möglichkeiten auf diesem Gebiet, die unmittelbar eingesetzt werden können. Die Banken könnten z.B. das sogenannte "Home banking" (bei dem Zahlungen über Internet angeordnet werden) fördern, statt es zu behindern, wie sie es jetzt mit hohen Gebühren und keinem Anreiz dafür tun. Wenn die Kunden ihre Zahlungen über Internet vollziehen, statt mit Ausstellung von Schecks, dann sinkt die Arbeitsbelastung der Banken erheblich, und somit auch der Bedarf an Bankbeamten. Ähnlich ist es in vielen anderen Branchen. Die rein konjunkturellen Entlassungen werden bei der nächsten Aufschwungphase wieder eingeholt; die strukturellen Entlassungen, die auf Rationalisierung und Automatisierung

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400

beruhen, nicht. Die Arbeitspolitik der Regierung birgt somit die Gefahr einer langdauernden hohen Arbeitslosigkeit in sich, da man auf Jahre hinaus nicht mit hohen Wachstumsraten rechnen kann, wie von 2003 bis 2008, die eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften mit sich bringen. Über diese Dinge machen sich jedoch weder die Regierung noch die Gewerkschaften Gedanken.

Man kann somit davon ausgehen, dass die Arbeitslosigkeit unmittelbar stark zunehmen wird, was nicht nur ein menschliches und soziales Problem aufwirft, sondern beiläufig auch dazu führt, dass sich mehr Menschen ihren Lebensunterhalt durch Überfall und Diebstahl verdienen. Es stellt sich dabei die Frage, wie die Kirchners auf den sozialen Aspekt der Rezession reagieren. Wahrscheinlich werden sie ein für sie unbefriedigendes Wahlergebnis dafür für dies verantwortlich machen. Das löst jedoch das Problem nicht. Es besteht die Gefahr, dass sie dann völlig verkehrt handeln, mit mehr Staatsintervention, Zunahme der Zahl der staatlichen Beamten, einer weiteren Verteuerung der Arbeit (z.B. durch doppelte Entlassungsentschädigung), oder (wie es der Deputierte und CGT-Anwalt Recalde fordert), durch eine Sondersteuer auf Unternehmensgewinne, um die Arbeitslosen-

unterstützung zu finanzieren. Néstor Kirchner pflegt mit unerwarteten und höchst irrationalen Massnahmen aufzutischen. Achtung!

Eine Rezession wie diese hinterlässt auch sonst tiefe Spuren. Der Mittelstand wird sparsamer und rationeller bei seinen Ausgaben, der Absatz von dauerhaften Konsumgütern wird dabei stark betroffen und erholt sich langsamer, als die Wirtschaft allgemein. Bestimmte Tendenzen, wie die Heimarbeit (Verrichtung bestimmter Computertätigkeiten über Internet von Haus aus, statt im Büro) nehmen zu, weil sie für die Unternehmen und die betroffenen Angestellten von Vorteil sind.

Eine weitere Gefahr, die diese Rezession mit sich bringt, besteht in der Verstärkung der Tendenz der Schliessung der Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu erhalten, die durch Importe bedroht werden, oder um sie zu schaffen. Argentinien sperrt sich dabei noch mehr von der Welt ab und läuft Gefahr, dadurch den Anschluss an eine neue weltweite Aufschwungsphase zu verpassen, ähnlich wie nach dem Krieg. Das ist ein weiteres Hindernis für das langfristige wirtschaftliche Wachstum, das bei Krisensituationen, besonders in Argentinien, und noch mehr beim stets kurzfristig denkenden NK, vernachlässigt wird.